Sozialverband Deutschland
Kreisverband Nienburg Weser

Unsere Gemeinschaft macht Sie stark

Unterstützung in Alltag und Freizeit

Pressemitteilung

15. Juni 2022

Niedriglohnsektor begrenzen und Mindestlohn stärker anheben
Trotz Rentenerhöhung: Altersarmut nicht aus dem Blick verlieren

Hannover. Die mehr als 1,9 Millionen Rentner*innen in Niedersachsen können sich freuen:
Zum 1. Juli steigen ihre Bezüge um 5,35 Prozent.
Gleichzeitig gelten aber noch immer über 16 Prozent von ihnen als armutsgefährdet.
Aus Sicht des Sozialverbands Deutschland (SoVD) in Niedersachsen wird daran auch die Rentenerhöhung nicht viel ändern.
Vielmehr brauche es jetzt konkrete Maßnahmen, um das Problem der Altersarmut anzugehen.
Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs machen gerade vielen Menschen zu schaffen – unter anderem auch den Senior*innen in Niedersachsen, die mit einer kleinen Rente ihr Leben bestreiten müssen. „Für sie ist die

Rentenerhöhung natürlich besonders positiv, letztendlich aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein“, bemängelt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, und ergänzt: „Da die Rente sich an der Lohnsteigerung orientiert, war eine Erhöhung längst überfällig.“ Um armutsgefährdeten Senior*innen angesichts der Preissteigerungen helfen zu können, bedürfe es jetzt einer schnellen Erhöhung der Grundsicherung um 100 Euro monatlich. Außerdem müsse das Entlastungspaket auch für Rentner*innen gelten.
„All das bringt jedoch nichts, wenn der Altersarmut nicht frühzeitig vorgebeugt wird. Niedersachsen muss endlich raus aus dem Niedriglohnsektor. Denn: Kleine Löhne bedeuten auch immer kleine Renten“, betont Sackarendt weiter. Auch die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro sei zwar richtig und wichtig, allerdings sei damit nur eine Rente knapp über der Grundsicherung gewährleistet. „Das löst das Problem der Armutsgefährdung nicht. Der Mindestlohn muss auf mindestens 13 Euro angehoben werden“, so der niedersächsische SoVD-Chef.